

Dankesworte des Brandenburger Freiheitspreises am 11. Oktober 2016 im Domstift zu Brandenburg

Sehr geehrter Herr Dr. Hasselmann,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Steinmeier,
sehr geehrte Damen und Herren und
sehr geehrte Anwesende, Opfer der SED-Diktatur und deren Angehörige,

die Jury hat sich entschieden, dem Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. den durch das Domstift zu Brandenburg neugeschaffenen und erstmalig zu vergebenden Brandenburger Freiheitspreis an unseren Verein zu vergeben. Ich weiß, dass es viele Vorschläge für diese Ehrung gab und ich sage für mich, aber auch, für die Mitglieder, Freunde und Förderer unseres Vereins danke. Wir nehmen diesen Preis gerne an, aber wir nehmen ihn nicht nur als Bestätigung und Motivation für unsere Arbeit, wir nehmen ihn auch vor allem an, stellvertretend für all diejenigen, die sich für die Freiheit engagiert haben und die es auch weiterhin tun.

Wer oder was ist das Menschenzentrum Cottbus e. V. überhaupt?

Baulich betrachtet, ist das Menschenrechtszentrum Cottbus eigentlich das ehemalige Gefängnis oder Zuchthaus Cottbus, das zu Zeiten der Nazidiktatur ein Frauengefängnis war, in dem unter anderem auch neun couragierte Frauen inhaftiert waren, die der Widerstandgruppe Weiße Rose aus Hamburg angehörten - Frauen, aus dem bürgerlichen Widerstand gegen Nationalsozialisten, aber auch Frauen, wie die Kommunisten Greta Kuckhoff, die später dann Präsidentin der Staatsbank der DDR wurde.

Das Gefängnis oder Zuchthaus Cottbus war in der DDR das größte, politische Gefängnis für politische Gefangene. Das Gefängnis war deshalb nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit nachdem die Mauer fiel, weil es kein Stasigefängnis war, sondern, es war der Strafvollzug in Verantwortung des Ministeriums des Innern der ehemaligen DDR. Es klang nicht so aufregend wie Stasigefängnis.

Wir schätzen die politischen Gefangenen in Cottbus auf 25.000 Menschen. Es waren aber sicherlich weit mehr. Jedenfalls um Ihnen einen Maßstab zu geben,

war das Gefängnis Cottbus Mitte der 1970er Jahre mit ca. 1.200 Häftlingen belegt, obwohl es für lediglich 600 Häftlinge gebaut worden war. Um die Ereignisse vom 17. Juni 1953 waren sogar 3.000 Häftlinge in Zelten untergebracht. So überfüllt war es gewesen! Von diesen 1.200 Häftlingen waren rund 80 % politische Gefangene. Es war sehr beengt und in meiner Zelle, 44 m² groß, eine Toilette, zwei Waschbecken mit kaltem Wasser und Stahlblechen vor den Fenstern, lebten – wenn man das so bezeichnen darf – 28 Männer, die in vier Betten übereinander schliefen. Nun will ich über die einzelnen Schicksale und über die Bedingungen nicht viele Worte verlieren, sondern ich möchte kurz schildern, wie aus ehemaligen politischen Häftlingen Gefängnisbesitzer wurden.

Das Gefängnis wurde nach dem Fall der Mauer bis zum Jahr 2002 durch das Land Brandenburg als Justizvollzugsanstalt genutzt und dann sich selbst, dem Vandalismus und dem Verfall überlassen. Im Jahr 2007 wurde dann bekannt, dass die Landesregierung Brandenburg dieses Gefängnis auf dem Wege einer öffentlichen Versteigerung veräußern wollte. Dies geschah auch so. An dieser Stelle sei dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Herrn Frank Schmanski herzlich gedankt, der unseren Hilferuf aufnahm. Mit dessen Hilfe und mit Zustimmung der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus wurde es möglich, einen Teil im Außenbereich des ehemaligen Gefängnisses an unseren Verein für einen Euro zu übergeben. Im Weiteren stellte sich heraus, dass wir bei den Gesprächen mit Bund und Land in Erfahrung brachten, dass eine öffentliche Förderung nur am authentischen Ort möglich ist. Dies bedeutete, dass wir irgendwie das Gefängnis in unseren Besitz bekommen mussten.

Gesagt, getan! Am 2. Mai 2011 hat der Verein zum Preis von 436.000,00 Euro das Gefängnis Cottbus dann von einem privaten Besitzer erworben. Hierbei haben uns Bund und Land unterstützt, aber dank der Hilfe von privaten Unterstützern konnten wir ca. ein Drittel der Summe beisteuern.

Unser Ziel war, nicht nur einen Ort der Aufarbeitung, des Gedenkens und der Bildung zu schaffen, sondern das Ziel der ehemaligen politischen Häftlinge aus diesem Gefängnis, war, einen aktiven Ort der Menschenrechtsarbeit entstehen

zu lassen. Und deshalb steht in unserer Satzung auch, neben dem vorgenannten ausdrücklich die Hilfe für rassistisch, politisch und religiös Verfolgte.

Meine Damen und Herren, der Gedanke, als Menschen, die in der Demokratie leben, anderen zu helfen, ist vermutlich nicht selbstverständlich. Leider. Für die ehemaligen Häftlinge, ja. Als wir am 7. Oktober 2007, Sie erinnern sich, Tag der Republik, mit Zustimmung des Landes einen Tag der offenen Tür im Gefängnis veranstalteten, wurden wir zu unserer Überraschung von Cottbusser Bürgern und Menschen, die auch von der Ferne kamen, fast überrannt. Am gleichen Tag, am Nachmittag fand im ehemaligen Arbeitsbereich des Zwangsarbeitsbereichs des Kombines PENTACON im Gefängnis eine Versammlung von einstigen Häftlingen statt – es waren rund 300 – in der der Gründungsgedanke für einen Verein geboren und beschlossen wurde.

Das Fernsehen, die Medien waren dabei, und ich war mir nicht sicher, ob alles, was von ehemaligen politischen Gefangenen dort gesagt wird, nach heutigen Maßstäben „politisch korrekt“ sein wird. Die Sorge war unbegründet, was mich hoch erfreute. Ein ehemaliger Häftling aus Cottbus wurde sehr robust in seinen Äußerungen, worauf sich im Anschluss gleich drei andere meldeten und darauf hinwiesen, dass wir, die ehemaligen Gefangenen die Demokratie leben wollten und da sind wir jetzt, und deshalb haben wir uns an die Regeln zu halten.

Ja, meine Damen und Herren, an Regeln halten. An Regeln halten, die sagen: Respekt vor einander haben und bereit zu sein für Gespräche und zur Diskussion. Und darum, meine Damen und Herren, aber vor allem liebe Verantwortlich des Domstifts zu Brandenburg und liebe Jury, erfreut uns dieser Brandenburger Freiheitspreis nicht nur; die Preisverleihung rührt uns an.

Der Rechtsstaat kann Unrechtsurteile und Schaden, den Menschen durch staatliches Handeln erfahren mussten, nicht rückgängig machen. Er kann sie strafrechtlich rehabilitieren oder versuchen, einen Ausgleich zu schaffen, aber eines schaffen Staat und Verwaltung nicht - den Betroffenen, den Menschen, die Schaden genommen haben, gesellschaftliche Anerkennung und gesellschaftliche Rehabilitierung zuteilwerden zu lassen. Und wenn gerade diese Menschen, die Opfer staatlicher Gewalt wurden, zu engagierten Streikern für Demokratie und Freiheit werden, dann ist es besonders schön, wenn dies zur

Kenntnis genommen und gewürdigt wird. Für die Freiheit lohnt es sich, einzutreten und die Stimme zu erheben.

Martin Luther King hat einmal sinngemäß gesagt: „Die Worte unserer Gegner werden wir irgendwann vergessen. Das Schweigen unserer Freunde nicht“. Nicht Schweigen, sich nicht an Dinge gewöhnen, die schief, anstatt gerade laufen, sondern die Stimme zu erheben, das ist es, was wir wollen.